JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE BREMEN

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt

Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 18 | Bremen, den 12. Dezember 1929 | 1. Jahrgang

JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE BREMEN

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt

Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 18 | Bremen, den 12. Dezember 1929 | 1. Jahrgang

Tagung des Nordwestdeutschen Rabbinerverbandes.

Der Norddeutsche Rabbinerverband, der alle die in Nordwestdeutschland amtierenden Rabbiner umfaßt, die dem Allgemeinen deutschen Rabbinerverband angehören, trat am 1. Dezember in Hamburg zu seiner dritten Tagung zusammen. Die Tagung wurde von Herrn Rabbiner Bamberger (Wandsbek) geleitet, der in seinen Begrüßungsworten betonte, daß der Allgemeine deutsche Rabbinerverband der Einheit und dem Frieden in den Gemeinden dienen wolle. Darauf hieß Herr Rechtsanwalt David seitens des Vorstandes der deutsch-israelitischen Gemeinde die Versammlung im Sitzungssaal der Gemeinde willkommen und gedachte in herzlichen Worten der Tätigkeit Rabbiner Nobels, des ehemaligen Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Rabbinerverbandes, dessen Wirksamkeit in Hamburg unvergessen sei.

Darauf ergriff der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Rabbinerverbandes Herr Rabbiner Dr. Leo Baeck (Berlin) das Wort und führte aus: In den meisten Gemeinden sei der Rabbiner der einzige seines Berufes am Ort, er habe als religiöser Führer weitgehende Rechte und sei in vielen Dingen von ausschlaggebender Bedeutung. Die Rabbinerversammlungen als Zusammenkunft der mit der gleichen Verantwortung Verbundenen schaffen das wirksame Gegengewicht gegen die aus der Isolierung des Rabbiners sich ergebenden Gefahren. Die Gemeinden können in ihrem Urteil über den Rabbiner irren, der Kollegenkreis kennt sich einander hinsichtlich der Vorzüge und Fehler. Wünschenswert sei, wenn eine Uebereinstimmung der Gemeinden und des Rabbinerverbandes im Urteil über den Rabbiner zu erzielen wäre.

Hierauf hielt Herr Rabbiner Dr. Aber (Bremen) ein Referat über „Großstadt und Religion". Einleitend charakterisierte er die durch die moderne Entwicklung sich ergebende allgemeine religiöse Situation in der Großstadt und ging dann auf die besonderen jüdischen Verhältnisse über. Die Gefährdung des Mittelstandes beraube die Gemeinden ihrer besten Grundlagen in den bescheidenen selbständigen Existenzen, an deren Stelle die Scharen der jüdischen Angestellten träte. Dies sei von starker Rückwirkung auf das Gemeindeleben. Gemeinde und Rabbiner müßten ihre Tätigkeit für die Entwicklung des religiösen Lebens in der Weise verteilen, daß es der Gemeinde bzw. den Verbänden obliege, eine wirksame soziale Außenpolitik zu treiben mit dem Ziele, auf die äußeren Lebensumstände so einzuwirken, daß zu religiöser Betätigung Raum sei, während der Rabbiner durch Bildung eines Gemeindekerns die Vertiefung religiöser Erkenntnis anzustreben habe. Neben persönlicher Fühlungnahme, die in der Großstadt eng begrenzt ist, sei soziale Betätigung aber in erster Reihe Wiederbelebung des Lehrens und Lernens erforderlich.

Die Vormittagssitzung wurde durch ein Referat von Herrn Rabbiner Dr. Italiener abgeschlossen, das „Dantes Stellung zu dem Problem Politik und Moral" behandelte. Im Gegensatz zu zahlreichen Vertretern der Kirche habe sich Dante auf den prophetischen Standpunkt gestellt, daß die Gesetze persönlicher Moral auch für die Staatsethik Geltung hätten. Diese Uebereinstimmung wurde an Hand zahlreicher Stellen aus dem Schrifttum Dantes nachgewiesen.

Nach einem Frühstück, zu dem der Vorstand der Gemeinde eingeladen hatte, wurde die Sitzung mit einem halachischen Lehrvertrag des Vorsitzenden fortgesetzt. Daran schloß sich ein Referat von Herrn Bibliothekar Prof. Markon an über „Die zukünftige Vor- und Ausbildung des deutschen Rabbiners", in dem er betonte, daß durch das Hinzutreten neuer praktischer Aufgaben unter keinen Umständen die wissenschaftliche Ausbildung des Rabbiners leiden dürfte. Das letzte Referat von Herrn Dr. Nathan „Die rechtliche Stellung der Rabbiner Nordwestdeutschlands" wies auf den engen Zusammenhang dieser Frage mit der Rechtsgeschichte der Juden in den einzelnen Bundesstaaten hin. Wiederwahl des Vorstandes und Besprechung von Standesfragen bildeten den Abschluß der Tagung.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und der Kampf des deutschen Judentums.

Ueber die am 24. November in Berlin stattgefundene Hauptversammlung des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten geht uns der folgende Bericht zu:

Bei den in jeder Beziehung so schweren Zeiten für unser Vaterland, bei der immer größer werdenden Not jedes einzelnen von uns war es besonders wichtig, daß unser Bund zu all den wichtigen schwebenden Fragen unserer Zeit wieder einmal Stellung nahm. Schon am Abend des 23. November 1929 fand eine Vorbesprechung der Landesverbandsvorsitzenden und der Mitglieder des engeren Bundesvorstandes unter Vorsitz des Bundesvorsitzenden im großen Sitzungssaal des Bundesbüros statt. Es wurde über eine Reihe wichtiger Bundesangelegenheiten in ungezwungener und unverbindlicher Weise gesprochen. Es konnte aber schon hierbei festgestellt werden, daß trotz der verschiedenartigen Schichtungen unserer Mitglieder in politischer, gesellschaftlicher und sonstiger Beziehung vollste Einigkeit über die Ziele des Bundes herrscht, und daß ein besonderer Kitt für unsere Organisation die erprobte, feste Kameradschaft ist. Dies trat auch hervor bei dem auf diese Besprechung folgenden Bierabend, zu dem unsere Ortsgruppe Berlin die auswärtigen Kameraden in den Römersaal bei Kroll eingeladen hatte. Unsere Berliner Kameraden haben es diesmal ganz besonders gut verstanden, in einem geschmackvollen Rahmen durch ausgezeichnete Darbietungen in Wort und Schrift schnell die innige kameradschaftliche Stimmung zwischen all den Kameraden aus den verschiedensten Teilen des Reiches und den bekanntlich bei uns ebenso wie auch anderswo manchmal zu Unrecht mit zu wenig Liebe beurteilten Berlinern herzustellen. Auch der Vorsitzende unserer Ortsgruppe in Neuyork, Kamerad Günsburger, überbrachte uns die Grüße der dortigen Kameraden.

Bei der Versammlung wurde zunächst schriftlich der Geschäftsbericht des Kameraden Landsberger überreicht. Dann erstattete Kamerad Grünpeter den Kassenbericht und die Aufstellung des Etats. Hierauf hielt der Bundesvorsitzende, Kamerad Dr. Löwenstein, ein ausführliches Referat über die politische Situation und Fahrtrichtung des Bundes. Alsdann fand die Beratung der Anträge statt. Unter diesen ist der bemerkenswerteste der bezüglich des „Schild". der eine Lieferung des Bundesorgans nunmehr an alle Kameraden des Bundes möglichst bald herbeiführen soll. Am Nachmittag hielt Kamerad Eisenkrämer ein Referat über „Die Lage der Juden in Deutschland" und Kamerad Dr. Meyer-Bonn ein Referat über „Die Lage der Juden im Westen". An diese Referate knüpfte sich eine sehr ausführliche und auf hohem Niveau verlaufende Generaldebatte bis zum Schluß der Hauptversammlung um 8 Uhr abends.

Unter den teilnehmenden Kameraden war man einstimmig der Ansicht, daß diese Hauptversammlung in bezug auf Inhalt und Ergebnisse wohl mit an erster Stelle unter allen bisherigen Versammlungen steht. Sie ist die Einleitung zu weiteren Aktionen des RJF. in dem Kampf des deutschen Judentums für seine Stellung, seine Ehre und sein Recht im deutschen Vaterlande, für das wir jüdischen Frontsoldaten einst Hand in Hand mit unseren nichtjüdischen Kameraden zusammenstanden.

Dr. Ludwig Lazarus Zamenhof.

Zum 70. Geburtstag am 15. Dezember 1929.

Der Erfinder der Welthilfssprache „Esperanto" wurde am 15. Dezember 1859 zu Bialystok als Sohn eines Lehrers geboren und ist zu Warschau am 4. April 1917 verschieden. In seiner Geburtsstadt empfing Zamenhof aus den ersten Eindrücken seiner Kindheit den Gedanken an eine Menschen und Völker verbindende neutrale Welthilfssprache. Der Boden seiner Heimat war wie geschaffen dazu, die Ideen einer internationalen Hilfssprache aufkeimen zu lassen. „In diesem kleinen Lande" — so schreibt ein hervorragender Esperantist in einer biographischen Skizze über Zamenhof — „lebten fünf verschiedene Völker zusammen oder richtiger gesagt gegeneinander. Die angestammten Litauer besiedelten als Bauern das Land, die Polen saßen in Schlössern, Kirchen und Schulen, die Russen übten als Beamte und Militär die Gewalt aus, die Deutschen bildeten städtische Kolonien und die Juden belebten als Handwerker und Handelsleute die Straßen. Jedes der fünf Völker betonte seine völkische Eigenart in Sprache, Glauben und nationaler Gesinnung. Es hatte sich eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Feindschaft unter diesen Völkern gebildet. In diesem Milieu gewann Zamenhof seine ersten Eindrücke." Hier auch kam ihm die Idee, durch eine neutrale Welthilfssprache die Annäherung der Völker praktisch zu verwirklichen. Die Idee, eine neue Sprache zu schaffen, veranlaßte ihn, sich durch Selbststudium Sprachwissenschaft und Sprachenkenntnis in reichem Maße anzueignen. Er war von Beruf Augenarzt; seine Studien lagen also ziemlich abseits von der Linguistik, so daß man füglich sagen kann, er war von Berufswegen zum Schöpfer einer neuen Sprache durchaus nicht bestimmt. Der Gedanke entsprang bei ihm vielmehr einem rein sittlichen Idealismus. Die Welthilfssprach Esperanto, diese eminent praktische Erfindung, die vornehmlich praktischen Zwecken dienen soll, ist das Werk eines Idealisten. Zamenhof erkannte, daß die Menschen nie einander verstehen werden, wenn sie sich nicht miteinander verständigen können. Nach der ältesten Ueberlieferung war das goldene Zeitalter jenes, da noch alle Welt in einerlei Zunge redete und unter den Menschen noch einerlei Volk und einerlei Sprache war. — Im Jahre 1887 wurde die neue Welthilfssprache der Oeffentlichkeit übergeben. Die Sprachgelehrten spotteten über Zamenhofs Versuch, aber trotzalledem fand Esperanto allgemein Anklang und machte große Fortschritte, und seine Anhängerschar wuchs von Jahr zu Jahr. Hunderttausende sprechen heute Esperanto. Auf dem letzten Esperanto-Kongreß zu Nürnberg waren über 6000 Esperantisten aus 40 Nationen anwesend. Frei von jeder Eitelkeit, auf Dank und Anerkennung nicht erpicht, war Zamenhof nur auf den Erfolg seines Werkes bedacht. Zamenhof war guter Jude, er wurzelte in seinem Wesen tief im Judentum. Gerade als Jude fühlte sich Zamenhof der ganzen Menschheit verbunden. Er erlebte noch den Triumph seines Werkes und am 4. April 1917 ist er in Warschau sanft verschieden. Die Esperanto-Bewegung ist international organisiert und über die ganze Welt verbreitet.

Das Hausherrenrecht.

Einige tausend deutsche Bauern haben sich vor etwa zwei Monaten von der Ukraine her in Bewegung gesetzt, um das Ausland zu erreichen. Sie wollen Sowjetrußland verlassen und lieber auf das Land ihrer Geburt verzichten, als weiter in dieser Hölle zu leben. Ihr Entschluß vielleicht noch mehr als ihre Erzählung zeigt die Zustände in diesem angeblich revolutionären Staat, der in Wirklichkeit in das tiefste Mittelalter zurückgeglitten ist, als der Mensch noch Eigentum der Obrigkeit war, die ihm Glauben, Beschäftigung und Geltung vorschrieb. Diesen deutschen Bauern ist ihr Besitz und der Ertrag ihrer Arbeit abgepreßt wor-

durch die gleichen Mittel niederhalten lassen, mit denen sich die monarchische Autokratie sicherte: durch Militär, Spitzel und Polizeifolter.

Diese deutschen Bauern erzählen nun von dem sozialistischen Paradies. Sie wurden gequält, weil sie Mennoniten sind, einer Sekte angehören, die die Waffe und die Gewaltanwendung als unsittlich und gottlos verwirft. Das duldete der Zar nicht und seine kommunistischen Nachfolger, die ihre Idee mit der allgemeinen Wehrpflicht durchsetzen wollen, weil sie ohne Kaserne nicht regieren können, haben diese tapferen Menschen kurzerhand enteignet. Als diese nun nach dem Ausland aufbrachen und nach Moskau wanderten, um sich dort ihre Pässe zu holen, wurden sie zunächst auf dem Chodynka-Feld interniert. Das ist jener Platz, auf dem bei der Krönung Nikolaus II. einige tausend Menschen zu Tode getrampelt worden waren. Dort hielt man die Bauern fest.

Dann wurde einigen Hundert von ihnen die Erlaubnis erteilt, nach Deutschland zu gehen. Die anderen wurden zwangsweise auf sogenannte Kollektivwirtschaften in Südrußland aufgeteilt, wo sie von nun ab in der Fron leben müssen. Die Zeit der toten Seelen ist wieder gekommen und es ist der revolutionäre Sozialismus, der sie heraufgeführt hat. Er kann dies wagen, weil es das Prinzip der „inneren Angelegenheiten" gibt. So werden unter den Augen der Welt, in Gegenwart des Gewissens der Zivilisation Menschen verschleppt, ihres Willens beraubt und in die Fessel der Leibeigenschaft geschlagen.

Denn — das besagte Gewissen sanktioniert das — Rußland besitzt das Hausherrenrecht und übt es. Von diesem Recht hören auch wir in Mitteleuropa von Zeit zu Zeit. In Oesterreich hat vor wenigen Tagen ein gewählter Abgeordneter, Mitglied der sich christlich nennenden Mehrheitspartei, erklärt, daß die jüdischen Studenten, die er mit dem Wort „Gesindel" belegte, gemäß dem Hausherrenrecht geprügelt worden sind. Der Mann sagte das und niemand hat ihm widersprochen. Kein Vorsitzender hat ihn gerügt, kein anderer der gewählten Gesetzgeber, auch keiner der revolutioären Sozialisten, hat sich auf diese Schändlichkeit besonnen. Es hat auch keiner daran gedacht, daß mit diesem Hausherrenrecht auch alle Rechtsbrüche gegen deutsche Minoritäten begründet werden. Der Nihilismus dieses Hausherrenrechtes ist eben international. Es umgibt die Verfolgung der Mennoniten durch die Sowjets, die Verjagung der jüdischen Studenten von den Hochschulen in Polen, in Oesterreich und in Ungarn mit Legalität.

„Kondolenzbesuche dankend verbeten".

Wir entnehmen dem Breslauer Gemeindeblatt: Seit vielen Jahren lesen wir bei den Todesanzeigen gerade unserer Glaubensgenossen fast regelmäßig die im Titel dieser Bemerkungen angegebenen Worte. Seit dieser Zeit staune ich über diese so allgemein üblich gewordene Sitte, denn — ich muß es zur Ehre dieser Trauernden annehmen — man weiß nicht, daß dieser Wunsch mit echt jüdischen Gefühlen, mit der Ausübung wahrer Wohltätigkeit, nicht das geringste zu tun hat. Man scheint ganz allgemein nicht mehr zu wissen, daß die Tröstung der Trauernden ein schwerwiegendes religiöses Gebot ist, das der Freund und Gemeindegenosse erfüllen soll, vorausgesetzt, daß die Trauer im Hause und in den Herzen der Hinterbliebenen lebt. Noch ist es allgemein üblich, daß man den Trauernden im Gotteshause empfängt mit der allbekannten, so sehr zu Herzen gehenden Formel: „Gott tröste dich mitten unter dem Reste der um Zion und Jerusalem Trauernden". Ein jeder hat Freunde, Bekannte und Angehörige genug, deren Besuch ihm nicht nur angenehm, sondern geradezu eine Voraussetzung selbstverständlicher Art sein müßte; denn nicht nur in der Freude, sondern erst recht in der Trauer kann uns die Freundeshand, das Freundeswort erheben und besänftigen. Nicht allein wollen wir sein in unserem Schmerze, nicht schweigen wollen wir von dem Toten, sondern gerade dadurch, daß man viel von ihm redet, daß man seinen Verdiensten die so oft im Leben unterlassene Gerechtigkeit widerfahren läßt, daß man die Tugenden des Entschlafenen preist, zieht sicher der Trost in das Herz der Trauernden ein.

Und nun wird der Wunsch kundgegeben: Kommt nicht zu mir, bleibet zu Hause mit euren Reden. ich weiß allein. was ich verloren habe, ich brauche keinen Trost von anderer Seite. Das ist Egoismus im übelsten Sinne des Wortes, das ist Leugnung eines religiösen Gebotes, das ist Beiseitesetzung alles natürlichen Empfindens.

Ich habe, wie oben bemerkt, immer gestaunt, wie dieses nicht zu empfehlende Vorbild so allgemeine Nachahmung fand, noch mehr aber staunte ich. daß sich bis jetzt meines Wissens keine Stimme gegen solche Auffassung erhob.

Ich will zugeben, daß der Besuch von Menschen, die der Familie im Leben fern standen und die lediglich eine Anstandspflicht oder eine Formalität erfüllen möchten, nicht gerade angenehm zu sein pflegt; aber mit der Bemerkung „dankend verbeten" werden auch Näherstehende zurückgeschreckt und der Trauernde bleibt allein. Wie oft würde ein Besuch zu solcher Zeit auch Heil und Segen durch Rat und Hilfe in anderen wichtigen, gerade gegenwärtig so ausschlaggebenden Beziehungen schaffen können. Ich weiß, daß diese meine Auseinandersetzung Anlaß zu Widerspruch geben kann und wird, mein Empfinden sagt mir aber: es ist vom Standpunkt unserer heiligen Religion aus ein Unrecht, solche Bemerkungen zu machen und zur Nachahmung in wenig erwünschtem Sinne anzuspornen. Rabbiner Max Ellguther, Neisse.

Jüdische Politik.

Von Fabius Schach (Berlin).

Es gab eine Zeit, die nicht allzu Jungen erinnern sich noch ihrer, wo man in Deutschland die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer jüdischen Politik verneinte. Wenn man jede jüdische Interessengemeinschaft außerhalb der Synagoge leugnet, dann fehlen die klaren Linien einer jüdischen Politik. Man ließ höchstens eine Abwehrpolitik gelten, auch sie wurde, wie leider vielfach auch noch heute, mechanisch vom Standpunkt des Staatsrechtes und nicht aus innerer Tiefe heraus erfaßt. Es fehlten auch die jüdischen Politiker, die die Führer einer jüdischen Politik hätten sein können. Noch herrschten die Schlagworte der Emanzipationstheorie, und die entlehnten Schablonen einer rationalistischen Mentalität bildeten die Dogmen des öffentlichen Lebens. Wohl gab es Politiker jüdischer Abstimmung und hier und da auch jüdischen Glaubens, aber sie waren deutsche und nicht jüdische Politiker. Der kategorische Imperativ der Zeit hat es fertig gebracht.

Heute scheint es auch in Deutschland in vielen jüdischen Köpfen zu dämmern, und man fängt an zu ahnen, daß wir ohne jüdische Politik für die Dauer nicht fertig werden. Die furchtbare wirtschaftliche Not des jüdischen Mittelstandes — und er bildet die größte Mehrheit der Gesamtheit — und der bis zur Pogromhetze gesteigerte Judenhaß haben uns die Erkenntnis gebracht, daß wir auf den alten Wegen nicht viel erreichen können. Und die Revolution hat zwar nicht mit allem Morschen aufgeräumt, aber immerhin den Boden für eine Politik der Wahrheit geschaffen. So haben viele deutsche Juden, innerlich wenigstens, den Bruch mit der alten Politik vollzogen. Die Unzufriedenheit, die Mutter allen Fortschrittes, hat die Sehnsucht nach stärkerem jüdischen Leben erzeugt — für den einzelnen wie für die Gesamtheit. Aber noch fehlen Ziel und Richtung für das aufkeimende Neue, und es wird wohl noch lange dauern, bis sich daraus eine gesunde jüdische Politik herauskristallisieren wird.

Eine großzügige jüdische Politik muß sich auf den gemeinsamen Idealen und Lebensinteressen aufbauen. Es muß also erst ein innerer Prozeß zur Einkehr vor sich gehen. Dieser Prozeß muß zu dem Ergebnis führen, daß eine wirksame jüdische Politik ohne tiefe Religiosität und ohne innere Solidarität, die dem Gemeinschaftsbewußtsein entspringt, nicht möglich ist. Denn die Juden in Deutschland bilden keine einheitliche soziale Schicht und keine geschlossene wirtschaftliche Gruppe. Der Gegensatz zwischen Kapitalist und Proletarier, zwischen dem schwer Arbeitenden und dem leicht Genießenden, zwischen dem Gebietenden und dem Gehorchenden ist hier ebenso groß wie überall. Sollen also all diese Klüfte nicht durch Phrasen übertüncht, sondern wirklich überbrückt werden, dann muß schon etwas Großes sein, das dies bewirkt. Wenn die Juden behaupten, ihre Zusammengehörigkeit beruhe auf dem gemeinsamen Glauben, dann muß es ein starker Glaube sein, der den ganzen Menschen beherrscht, ein Glaube, der nicht alle soziale Ungerechtigkeit als von Gott gegeben bezeichnet — was Blasphemie ist —, sondern umgekehrt alles Unrecht nach dem Gebote der Thora als antireligiös geißelt und die Härten des Lebens zu mildern sucht. In der Religion Israels, wo alles demokratisch und sozialistisch gestimmt ist, ist diese Auffassung ganz natürlich. Wo die sozialen Pflichten religiöse Gebote bilden, muß sich ein Weg zur Einheit zeigen. Ist der Glaube so stark, daß er zum Ausgangspunkt und Endziel aller Handlungen wird, dann wird jede antisoziale Tat, jede Ungerechtigkeit einfach unmöglich. Man darf wohl sagen, daß alle wirklich frommen Juden eine höhere Gemeinschaft bilden, weil die starke Religiosität, die sie verbindet, sie zu wahren Brüdern macht und jede Differenzierung des Standes, des Besitzes und des Bildungsgrades als nebensächlich erscheinen läßt. Bei denjenigen Gruppen, deren Leben von der Religion durchglüht war, wie bei den Pharisäern (sie waren das Gegenteil von dem, was eine unwissende christliche Wissenschaft aus ihnen gemacht hat) und Essäern im Altertum und bei den Chassidim und Talmudjüngern der neueren Geschichte, verschwand tatsächlich jeglicher äußerliche Unterschied, und sie waren Brüder im vollsten Sinne des Wortes.

Und ebenso wichtig ist die mit der Religion eng verwachsene Blutssolidarität, das Bewußtsein, daß wir eine gemeinsame Abstammung, eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Zukunft haben. Denn aus diesem Gefühl entströmt die große jüdische Weltanschauung, die jede Materialisierung des Lebens verwirft und den Weg zu großen [illegible]rischen Taten für die Gesamtheit öffnet. Eine jüdische Politik, die die jüdischen Ideale schützen will, hat wohl ihren Sitz in Deutschland, sie muß aber ihre Handlungen den großen einheitlichen Gesichtspunkten entnehmen, und über die künstlich geschaffenen Landesgrenzen hinaus ein Ausschnitt der Gesamtjudenheit, ein organischer Teil des jüdischen Volkes sein. Denn es gibt kein jüdisches und kein polnisches Judentum, es gibt nur in Deutschland und in Polen lebende Bekenner desselben Judentums, die einander zu ergänzen und zu stützen berufen sind.

Erst wenn diese beiden Grundlagen klar erkannt sind, kann sich darauf eine natürliche jüdische Politik aufbauen. Die Grundlinien einer jüdischen Politik sind dann vorgezeichnet und die wichtigsten Aufgaben treten von selber hervor. Es sind dies:

1. Schaffung einer einheitlichen Organisation der deutschen Juden zur Stärkung des jüdischen Lebens.

Das Bedürfnis, die Zerrissenheit zu beseitigen und eine nach innen und außen starke Organisation zu schaffen, aus der alle Kanäle des jüdischen Lebens ausgehen, ist von den Einsichtigen längst empfunden worden. Dieser Mangel macht sich in einer Zeit der Krisen, wo alle Bande gelockert sind, noch fühlbarer. Eine Gemeinschaft, die nicht als geschlossene Einheit auftritt, und die nicht als Organismus erkannt wird, ist immer, mag sie noch so reich an Intelligenz und finanzieller Kraft sein, zur Machtlosigkeit verdammt. Wir haben in Deutschland bisher Juden, aber keine Judenheit. Es muß eine neue gesunde Gesamtorganisation ins Leben treten, die auf demokratischer Basis aufgebaut ist und eine berufene Vertretung aller deutschen Juden bildet. Es müssen freilich durch die Statuten und noch mehr durch die Männer, die an die Spitze dieser Neubildung treten, Garantien geboten werden, daß ins religiöse Leben nicht eingegriffen wird, und daß keine Richtung, mag sie heißen, wie sie wolle, majorisiert wird. Regelmäßige Kongresse, berufene Delegierte und ein richtig geschaffener Ausschuß müssen die Grundlagen dieser Organisation bilden.

2. Eigene Vertreter in allen öffentlichen Körperschaften politischer, sozialer und kultureller Natur.

Wollen wir als politisch reif auftreten, dann müssen wir endlich mit der beschämenden Taktik brechen, unsere Interessen von anderen vertreten zu lassen. Wir müssen unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Niemand kann unsere Sache so warm und so gründlich vertreten als wir selber. Die jüdischen Dinge liegen meistens ganz eigenartig, weil sie mit der jüdischen Natur und mit der jüdischen Geschichte in Fühlung stehen. Wer in die jüdische Psyche nicht eingedrungen ist, kann die jüdischen Fragen nur aus einem schiefen Winkel heraus anfassen und kein richtiger Verteidiger werden. Wir haben uns nicht zu entschuldigen und ewig um Verzeihung zu bitten, daß wir unser Leben nach eigenen Gesetzen einrichten. Unsere Eigenart ist ebenso natürlich und ebenso berechtigt, wie die einer jeden anderen Gruppe im Staate. Das müssen wir bekennen als Gebot der Wahrheit, der Selbstachtung und auch der Klugheit. Wir sind wie wir sind, wie uns die inneren und äußeren Verhältnisse gemacht haben. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir nicht auch unsere Fehler haben, daß wir nicht nach Fortschritt und Vollkommenheit streben müssen. Nirgends ist offener und leidenschaftlicher gegen alle Fehler der Gemeinschaft gekämpft worden als im Judentum. Aber das ist unsere innere Angelegenheit, die nur uns angeht. Im Staate sind wir gleiche Bürger einer anderen Art, gleiche Kulturmenschen eines anderen Stammes. Diesen Standpunkt kann wirksam nur ein Jude vertreten. Wenn die Katholiken überall ihre eigenen Vertreter haben, warum nicht auch wir Juden? Unsere Religion schneidet ja noch tiefer ins Leben ein als die katholische, und wir haben ja auch noch gegen viel stärkere Vorurteile und Mißverständnisse anzukämpfen. Durch die Verbindung mit den Parteien muß dahin gewirkt werden, daß auch Juden, und zwar geeignete Juden, aufgestellt werden. Wo eigene

jüdische Kandidaten nicht durchzubringen sind, da müssen die Kandidaten der Parteien, die jüdische Stimmen erhalten wollen, auf bestimmte Punkte verpflichtet werden, und ihre Stellung zu den wichtigsten Fragen muß klar und zweifelsfrei sein.

3. Gründung eigener jüdischer Schulen.

Wenn irgendwo, so hängt bei uns Juden alles mit der Erziehung zusammen. Wir müssen erst den Normaljuden erziehen, und wir können ihn nur in der jüdischen Schule erziehen. Alle Klagen haben gar keinen Wert, so lange wir nicht die Möglichkeit für eine freie jüdische Entwicklung schaffen. Alle Hoffnungen auf Palästina setzen und die Juden der Diaspora als zedorrten, verkümmerten Zweig aufgeben, wie es überspannte Zionisten tun, ist nicht nur verkehrt, sondern direkt verhängnisvoll. Das jüdische Leben auch in Europa muß vertieft und gefestigt werden, und der Anfang kann und soll in der Schule gemacht werden. Wir brauchen überall jüdische Elementarschulen, und wo es möglich ist, auch jüdische Gymnasien. Dort nur kann der jüdische Geist sich frei entfalten, der jüdische Charakter sich harmonisch bilden. Die allgemeine Bildung soll hier nicht zu kurz kommen, daneben aber soll der jüdische Schüler einen reichen Schatz jüdischen Wissens sich aneignen, und vor allem soll er überall vom jüdischen Gemüt begleitet und behütet sein.

4. Die Schaffung eigener jüdischer Kulturzentren.

Was den Juden in Deutschland noch mehr als das jüdische Heim fehlt, ist das jüdische Milieu, die Stätte, wo der Jude sich natürlich ausleben kann. Nicht die Kaffeehäuser sollen die Sammelpunkte der Juden bilden, sondern die eigenen jüdischen Heime, wo man sich ungezwungen gibt und Anregungen erteilt und empfängt. In jeder größeren Gemeinde sollen jüdische Lesehallen und Bibliotheken und jüdische Klubs für eine wirkliche jüdische Geselligkeit erstehen. Der Jude soll stets da Anschluß suchen und finden, wohin seine innere Sehnsucht gerichtet ist, wo die tiefsten Wurzeln seiner Kraft ruhen.

5. Schaffung eines wirksamen Schutzes der Juden.

Der Jude wird leider häufig als Jude angegriffen, und wo er keinen wirksamen Schutz findet, da verfällt er in den Fehler, sein Judentum als Unglück anzusehen und zu verstecken, oder er wird verbittert und die besten Ansätze seiner Schaffensfreudigkeit verkümmern. Da muß dafür gesorgt werden, daß der Jude überall Schutz findet, daß er sich nicht wehrlos vorkommt. Ueberall muß die jüdische Organisation jedem zur Seite stehen, der wegen seines Judentums angegriffen wird. Nur so kann das Gefühl wirklicher Solidarität gehoben und die Freude an der Zugehörigkeit zur Gesamtheit gestärkt werden.

6. Schaffung einer jüdischen Weltorganisation.

Die Idee einer jüdischen Weltorganisation erweist sich immer mehr als ein dringendes Bedürfnis. Die Zertrümmerung des jüdischen Ostens, die der unseligste aller Kriege uns gebracht hat, ist ein Unglück von ungeheurer kultureller Bedeutung. Die Auswirkung dieser Tatsache kann nur durch eine große gesunde alljüdische Organisation gemildert werden. Die Juden der einzelnen Länder können ihre Kraft nur aus der Gesamtheit ziehen, und die einzelnen Glieder können nur gesund sein, wenn der ganze Körper gesund ist. Eine zielbewußte jüdische Politik in Deutschland muß an diesem eminent wichtigen Werke mitarbeiten. Die Judenheit Deutschlands kann nur von der engen Fühlung mit einer solchen Organisation ihre stärksten Impulse empfangen, und neues Leben in sich aufnehmen.

Jede jüdische Politik in der Diaspora muß in enger Fühlung mit Palästina stehen, muß den Aufbau jüdischen Lebens auf der geschichtlich geweihten Stätte fördern. Wir müssen die Kolonisation Palästinas stützen, müssen alle dortigen Unternehmungen mit Rat und Tat fördern und müssen auch sorgen, daß die neue jüdische Entwicklung auf jüdischem Boden gesunde Bahnen wandelt. Das liegt im Interesse der Verwirklichung der großen Idee und auch in unserem Lebensinteresse.

Damit sind die Aufgaben der jüdischen Politik natürlich nicht erschöpft. Immer neue Aufgaben werden erstehen, wenn erst der Boden für neue Anregungen fruchtbar gemacht worden ist. Die Zeit wird uns immer neue Rätsel aufgeben und das jüdische Leben wird seine Forderungen geltend machen. Verfällt diese jüdische Politik nicht in den Fehler einer engherzigen Partei und läßt sie den jüdischen Geist an Stelle der Schablone walten, dann wird sie sich immer schöner, freier und großzügiger entfalten.

tigtuerei, sondern die Oekonomie der inneren Kräfte, die Nutzung der Verhältnisse im Dienste der Gesamtheit. Je ehrlicher, freier und offener wir die Sache des Judentums und der Juden vertreten, desto machtvoller wird sie sich zeigen. Die Zeit einer jüdischen Politik ist für fast alle Länder da, aber sie setzt ganze, freie, selbstbewußte Juden voraus. Je tiefer diese Erkenntnis wird, desto gewaltiger wird sich die jüdische Politik entwickeln.

Ein Jahr heilpädagogischer Arbeit.

Von Direktor Witt-Marburg a. L.

Das jüngste Glied in der Kette jüdischer Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands, das Israelitische Heilerziehungsheim in Marburg an der Lahn, blickt auf eine Tätigkeit von einem Jahre zurück. Nach dem Gutachten hervorragender Fachleute wurde das Gebäude des früheren israelitischen Schüler- und Lehrlingsheims in Marburg für die Zwecke des Heilerziehungsheims im Sommer 1928 hergerichtet. Zur Zeit sind 15 Zöglinge im Heim im Alter von 8—15 Jahren. Weitere Aufnahmegesuche liegen vor. Von diesen 15 Kindern sind eingewiesen: fünf von den städtischen Bezirksjugendämtern und dem Wohlfahrtsamt der jüdischen Gemeinde Berlin, zwei von dem städtischen Fürsorgeamt und der jüdischen Wohlfahrtspflege in Frankfurt am Main, einer von der zentralen israelitischen Wohlfahrtsstelle in Nürnberg, einer von dem städtischen Wohlfahrtsamt und der Wohlfahrtsstelle der Synagogengemeinde Düsseldorf, zwei vom Landeshauptmann in Wiesbaden, einer vom Landeshauptmann in Kassel, drei von privater Seite.

Unter den 15 Kindern sind zwei sehr schwierige, davon ein Ecephalitiker und ein schizonider Psychopath. Die Kinder kommen größtenteils als milieugeschädigt in das Marburger Heim. In mehreren Fällen sind die Ehen der Eltern geschieden, die Mütter wieder erwerbstätig. Oft erwiesen sich die Eltern als erziehungsunfähig. Manche dieser Kinder besitzen eine schlechte Erbmasse und haben schon viel Elend in der elterlichen Umgebung im zartesten Kindesalter gesehen. Aus unserer Jahresstatistik geht hervor, daß die Zöglinge nicht immer mit Defekten behaftet überwiesen wurden. Oft hat das Heim nur eine prophylaktische Aufgabe, Kinder vor Entstehung psychopathischer Konstitutionen zu bewahren, die sich in einem defekten Milieu mit großer Wahrscheinlichkeit entwickelt hätten. Mit Ausnahme eines achtjährigen Knaben, der nach einer Grippeerkrankung eine Ecephalitis erworben hatte und uns durch diese unheilvolle und bösartige Krankheit viel zu schaffen machte, haben wir mit den Kindern von 8—12 Jahren im allgemeinen eine dankenswerte Arbeit, die Aussicht auf Erfolg hat. Der Umstand, daß unser Heim bei der geringen Anzahl der Zöglinge den Charakter einer großen Familie hat, schafft eine gemütliche und beruhigende Atmosphäre und bringt Leiter und Erzieher in eine enge Beziehung zu dem einzelnen Zögling. Daß eine innige Verbindung zwischen dem Heim und der hiesigen Universitätsnervenklinik besteht, muß besonders hervorgehoben werden. Von großer Bedeutung für Leiter und Erzieher des Heims verspricht das heilpädagogische Seminar zu werden, das bei Beginn des Wintersemesters begründet und von dem Oberarzt der Nervenklinik, dem Privatdozenten Herrn Dr. Maur, geleitet werden wird. Die Erzieher des Heims haben bereits ihre Beteiligung an den Arbeiten des Seminars zugesagt. Eine sehr wichtige Rolle spielte bei unseren Kindern die Beschulungsfrage. In der ersten Zeit schickten wir die Kinder in die hiesige einklassige jüdische Volksschule. Aber diese einklassige Schule erwies sich für unsere nervösen Zöglinge für sehr ungeeignet, so daß eine eigene Heimschule gegründet werden mußte. Die Schaffung der Heimschule hat dazu beigetragen, daß die Kinder von der Gefahr der Straße ferngehalten wurden. Es wurde aber auch von Fall zu Fall geprüft, ob sich ein Kind nicht doch für eine andere Schule, insbesondere eine höhere, eignet. Um die Kinder zu produktiver Arbeit anzuhalten, haben wir vom ersten Tage unserer Erziehungsarbeit an darauf gesehen, je nach geistiger oder manueller Fähigkeit, die Kinder in ihrer Freizeit zu nutzbringender Arbeit anzuhalten. Die Erzieherin lehrte die Kinder das Einrahmen von Bildern. Die kleinen erhielten Unterweisung in Klebarbeit, die großen im Laubsägen und Kerbschnitt. Eine ganze Reihe niedlicher Gebrauchsgegenstände entstand. Schließlich wurde uns ein Morgen Land zugewiesen, auf dem Gartenbau getrieben wird, der für unsere Küche schon manchen Ertrag lieferte. Dann sei noch erwähnt, daß, abgesehen von dem planmäßigen Turn-

unterricht, für den wir Recks, Barren, Sprungständer, Ringe, Schaukel und Trapez zur Verfügung haben, fast täglich auf Anraten des Nervenarztes rhythmische Gymnastik getrieben wurde. So haben wir im ersten Jahre des neuen Heims uns bemüht, mit offenen Augen zu schauen und nach Arbeitsmethoden zu suchen, die uns befähigen, das Seelenleben eines jeden Kindes zu erfassen, seine Eigenart zu erkennen und in jedem Kinde das Gefühl wachzurufen, daß wir bei all unseren Maßnahmen darauf bedacht sind, den Kindern Hilfe und Erleichterung in ihren seelischen Nöten zu gewähren, im Bewußtsein der schweren Aufgabe unseres Werkes, ein Heilerziehungsheim zu sein.

Jüdische Nachrichten.

Dr. Franz Rosenzweig

Dr. Franz Rosenzweig (Frankfurt), der gemeinsam mit Martin Buber die Bibel übersetzte, einer der größten jüdischen Gelehrten, ist am Dienstag gestorben.

„Einheitsgebetbuch" und „Einheitsgesangbuch".

Berlin. (JTA. Amtlich.) Unter dem Vorsitz des Oberkantors Zivi (Elberfeld) trat am 1. Dezember 1929 zu Berlin die Musikkommission des liberalen Kultusausschusses des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden zusammen, der die Chordirektoren Badrian (Königsberg), Arno Nadel und Alexander Weinbaum (Berlin), ferner Oberkantor Guttmann (Potsdam) und Rechtsanwalt Heinrich Stern (Berlin) angehören. Als Vertreter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin nahm Ehrenreich an den Beratungen teil. Der einzige Punkt der Tagesordnung lautete: Inangriffnahme der Arbeiten zwecks Herbeiführung von einstimmigen Gemeindegesängen auf Grund der Texte, die im „Einheitsgebetbuch" bzw. in dessen „Anhang" niedergelegt sind. Er wurde in mehrstündiger Sitzung durchberaten. Die Schwierigkeit des Problems einer Reform des synagogalen Gesanges kam im Laufe der Verhandlungen immer deutlicher zum Ausdruck. Die Kommission verdichtete die von ihr gewonnenen Erkenntnisse in Richtlinien, die für die weiteren Arbeiten fortan maßgebend sein sollen. Es besteht die Hoffnung, daß neben dem Einheitsgebetbuch nun auch ein „Einheitsgesangbuch" in nicht allzu ferner Zeit den jüdischen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden kann.

Werbeaktion des jüdischen Handwerkerverbandes in Westdeutschland.

Berlin. (JTA.) Anläßlich einer vom 19. bis 27. November cr. in Westdeutschland stattgefundenen Werbeaktion fanden öffentliche Versammlungen in Dortmund, Essen, Düsseldorf, Köln und M.-Gladbach statt, in denen der zweite Verbandsvorsitzende Tapezierermeister Louis Wolff (Berlin) über das Thema „Die jüdische Mittelstandsbewegung im Lichte unserer Zeit" referierte. Wir erhalten über den Verlauf der Werbeaktion die folgenden Mitteilungen: Die Versammlungen waren außerordentlich stark besucht und gestalteten sich zu machtvollen Kundgebungen für die Sache des jüdischen Handwerkerstandes und somit des gesamten jüdischen gewerblichen Mittelstandes. Neben dem Rabbinat, den Vertretern der Gemeinden und der Repräsentanten waren die namhaften Persönlichkeiten des jüdischen öffentlichen Lebens, sowie die Führer der Logen und anderer Organisationen, wie Central-Verein, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Liberale Vereinigung, Zionistische Vereinigung u. a. m. ausnahmslos erschienen und beteiligten sich an der sich dem Referat anschließenden Diskussion. Aus allen diesen Zustimmungen waren die Sympathien und das einigende Band spürbar, das sich in Erkenntnis der berechtigten, im Referat zum Ausdruck gebrachten Forderungen um alle jene schloß, die bereit sind, nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat an der Förderung dieser Bestrebungen mitzuwirken. Auf Grund der öffentlichen Versammlungen und persönlicher aufklärender Rücksprachen haben sich die jüdischen Handwerksmeister und die interessierten Kreise in M.-Gladbach und Gelsenkirchen organisiert und werden als neue Ortsgruppen nach erfolgter Konstituierung einen wertvollen Zuwachs für den Zentralverband jüdischer Handwerker Deutschlands bedeuten.

Wahlerfolge der Nationalsozialisten in Thüringen und in Bayern.

Berlin. (JTA.) Bei den am verflossenen Sonntag im Lande Thüringen durchgeführten Wahlen zum Landtag konnten die Nationalsozialisten ihre Stimmen und ihre Mandate verdreifachen. Während bei den Landtagswahlen im Jahre 1927 auf die Listen der Nationalsozialisten rund 28 000 und bei den Reichstagswahlen 1926 rund 30 000 Stimmen abgegeben wurden, hatte die Hitlerpartei am 8. Dezember über 90 000 Stimmen auf ihre Listen vereinigt. Ihre Mandate im Landtag erhöhten sich von 2 auf 6. Sollte eine ausgesprochene Rechtsregierung gebildet werden, so würde sie unter dem Diktat der Nationalsozialisten stehen. — Bei den am Sonntag, 8. Dezember, in Bayern durchgeführten Gemeinderatswahlen haben die Nationalsozialisten, meist auf Kosten der Deutschnationalen, große Fortschritte erzielt. Im Münchener Stadtrat haben sie ihre Sitze von vier auf acht vermehrt, wobei aber die bisherigen zwei völkischen Sitze von den Hitlerleuten absorbiert wurden. Auch in Augsburg, Würzburg und in anderen Orten haben die Hitlerleute ihre Sitze vermehren können. In Bayreuth errangen sie neun (bis 0), in Pirmasens 10 (bisher 2) Stadtratsmandate. In Koburg haben sie trotz ihrer offenkundigen Mißwirtschaft, die zum städtischen Bankerott und zur Staatsaufsicht führte, ihren Besitzstand von 13 Mandaten gewahrt und verfügen somit auch weiter über die absolute Majorität im Stadtrat.

Resultat der Wahlen in der jüdischen Gemeinderepräsentanz Leipzigs.

Leipzig. (JTA.) Am Sonntag, den 1. Dezember, wurden in Leipzig die Wahlen in die Repräsentanz der jüdischen Gemeinde durchgeführt. Die Propaganda seitens der verschiedenen Parteien war eine sehr rege. Es wurde, wie gewöhnlich, in zwei Sektionen (für Inländer und für Ausländer getrennt) abgestimmt; jede der Sektionen wählte ihre eigenen Abgeordneten. Fünfzig Prozent der Wahlberechtigten schritten zur Urne. In der Inländer-Sektion wurden rund 1500, in der Ausländer-Sektion rund 3000 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden acht Liberale (alle in der Inländer-Sektion), ferner zwei Mitglieder der Jüdischen Volkspartei und ein Orthodoxer. Die Poale Zion gingen ohne Mandat aus.

Nationalsozialisten überfallen jüdische Einwohner in Altenburg.

Berlin. (JTA.) Das sozialdemokratische Hauptorgan „Vorwärts" teilt unter der Ueberschrift „Pogrom in Altenburg" mit:

„Im Anschluß an eine Werbeveranstaltung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei kam es in Altenburg verschiedentlich zu Schlägereien. In der Wallstraße überfiel ein Trupp Nationalsozialisten eine Anzahl jüdischer Bewohner und mißhandelte sie. An der Ecke Berg- und Frauengasse wurden von den Nationalsozialisten einige Reichsbannerleute geschlagen. Die Angegriffenen haben teilweise nicht unerhebliche Verletzungen davongetragen. Die Täter haben sich bisher nicht ermitteln lassen.

Die durch die Vorkommnisse erregten Bewohner und Straßenpassanten konnten nur durch energisches Eingreifen der Polizei davon abgehalten werden, auf die Nationalsozialisten einzudringen."

Zum Schluß bemerkt „Vorwärts": „Die Polizei von Altenburg hat also die Rowdys geschützt und derweil die Täter laufen lassen. Das ist eine seltsame Auffassung der Aufgabe der Ordnungspolizei."

Daniel Prenn, der Erfolgreiche des Jahres 1929.

Berlin. (JTA.) Die Sportbeilige des „Berliner Tageblattes" bringt heute das Bildnis des Tennismeisters Daniel Prenn, der bekanntlich Ostjude ist, und schreibt darunter: „Daniel Prenn, erster der deutschen Tennis-Rangliste, Sieger über prominente Vertreter der Weltklasse, taktisch einer der raffiniertesten Spieler Europas, brachte gemeinsam mit Moldenhauer in den Kämpfen um den Davis-Cup Deutschland auf den dritten Platz unter den Tennis-Nationen."

Jüdische Gemeinden Deutschlands für Palästina.

Berlin. (JTA.) Die Jüdische Gemeinde Soest hat auf Antrag von Herrn Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer 150 Mark für die „Hilfe durch Aufbau-Aktion der Jewish Agency" bewilligt. -- In der Jüdischen Gemeinde Wattenscheid erbrachte eine von Kantor Oppenheim durchgeführte Aktion, an der sich fast sämtliche Repräsentanten und Gemeindemitglieder beteiligten, einen Betrag von 307 Mark zugunsten der durch die letzten Ereignisse in Palästina Geschädigten.

Aus der Gemeinde Bremen

Die nächste Nummer des Bremer Gemeindeblattes erscheint statt am 1. Januar als Chanukah-Nummer bereits am 23. Dezember. Redaktionsschluß am 20. Dezember.

Gebetzeiten der Israelitischen Gemeinde Bremen.

Morgengebet	Minchah	Abendgebet	Dezember 1929		Kislew 5690
7^{15}		16	16	Mo.	14
7^{15}		16	17	Di.	15
7^{15}		16	18	Mi.	16
7^{15}		16	19	Do.	17

Familien-Nachrichten.

70. **Geburtstag.** 25. Dezember: Frau Emilie Freudenberg, geb. Levisohn, Woltmershauser Straße 324/6.

75. **Geburtstag.** 21. Dezember: Frau Alex Abraham, Witwe, Anna, geb. Neuberg, am Dobben 126.

Gestorben: am 27. November: Hans David, Bremerhavener Straße 7/9, 19 Jahre alt.

Gestorben am 9. Dezember: Jacob Warschauer, Weberstraße 26, 49 Jahre alt.

Jahrzeit, am Vorabend des angegebenen Tages beginnend:
19. Dezember: Siegfried Ries.
20. Dezember: Willy Stein.
22. Dezember: H. Rosenblum, B. Schustermann.
27. Dezember: Abraham und Hirsch Podolsky.
31. Dezember: Osias Ostro.

Wer zu Hause kein Jahrzeitlicht anzündet, hat Gelegenheit, gegen geringes Entgelt die Gedächtnis-Licht-Einrichtung in der Synagoge zu benutzen. — Anmeldung beim Gemeindediener. — Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch Spenden an unsere Gemeindevereine sozial zu betätigen.

Bremer Nachrichten.

Prediger Markus de Haas, der Vater des Präsidenten der Bremer Kaiser Friedrich-Loge UOBB., Herrn Landesrabbiner Dr. de Haas (Oldenburg), ist hochbetagt verstorben. Der Entschlafene war fast 60 Jahre lang Prediger und Lehrer der Israelitischen Kultusgemeinde in Pyrmont und trat erst vor zwei Jahren in den wohlverdienten Ruhestand.

Probekandidat. Am Sonnabend, 14. Dezember, wird Herr Isaak Bronznik, zur Zeit Lehramtskandidat an der jüdischen Kultusbeamtenschule in Berlin, probeweise als Vorbeter und Baal kore fungieren. Sabbat-Eingang: am 13. Dezember, 16½ Uhr. Weil besondere Mitteilungen nicht ergehen, wird die Mitgliedschaft auf diesem Wege ersucht, sich zum Sabbat-Gottesdienst unbedingt einzufinden.

Gemeindesteuern. Die Dezember-Rate war bis zum 10. Dezember fällig. Zahlungspflichtige, die diesen Termin haben verstreichen lassen, werden an sofortige Ueberweisung erinnert. Postscheckkonto 8083 Hamburg. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank.

Central-Verein d. St. jüd. Gl. — die Abteilung: Frauenarbeitsgemeinschaft, hält ihre nächste Zusammenkunft im Hause Hohenlohestr. 16 (Ginsberg) am Dienstag, 17. Dezember, 16.30 Uhr, ab.

Jüdisches Altersheim. Unter dem Vorsitz von Herrn Administrator Reifenberg versammelten sich am 26. November die Mitglieder der Administration und des Verwaltungsrats im Sitzungssaal des jüdischen Gemeindehauses. Frau Auguste Michel erstattete den Jahresbericht. Mit besonderer Befriedigung konnte festgestellt werden, daß mit Beginn des laufenden Rechnungsjahres die durch Hinzukauf von Gartenland entstandene Schuld an die Israelitische Gemeinde voll zurückgezahlt worden und daß der wertvolle Grundbesitz nunmehr schuldenfrei dastehe. Die Anzahl der Insassen beläuft sich augenblicklich auf 14, einschließlich Personal auf 18. „Das Jahr 1928 war für uns ein in jeder Hinsicht gesegnetes. Viele Freunde von hier und aus Neuyork machten uns größere Spenden. Wir erhielten durch Einzahlungen von Insassen ebenfalls beträchtliche Summen. Wir wurden von der Sparkasse und von der Nothilfe bedacht. Sogar unser lieber, leider zu früh verstorbener Insasse Herr A. Horwitz hinterließ uns seine Ersparnisse. Das nun zu Ende gehende Jahr 1929 läßt uns indes schon jetzt die schwere wirtschaftliche Krise empfinden: die Erhaltung des nun sehr großen Betriebes verschlingt große Summen; Vorräte sind längst aufgebraucht; Spenden werden klein und kleiner. So bleibt uns nur der Weg, alle Mitglieder der Gemeinde zu bitten, für monatliche Beiträge zu sorgen." Zum Schluß betonte Frau Michel, der bisherige Erfolg sei nicht zum geringsten der harmonischen Zusammenarbeit aller Beteiligten zu verdanken. — In der sich anschließenden Debatte wurde vor allem die Frage nach Stationierung einer Krankenschwester behandelt, deren Anwesenheit im Altersheim unbedingt nötig sei. Ebenso wurde die Absicht laut, einen Anbau zum Zwecke der Vermehrung von Unterbringungsmöglichkeiten vorzunehmen. Diese und andere Vorschläge wurden der Administration zur eingehenden Beratung überwiesen, die am Montag, 2. Dezember, nachmittags im Altersheim stattfand. Hierbei wurden für die weitere Arbeit wichtige Beschlüsse gefaßt, die sich, wie zuversichtlich gehofft wird, zum Besten des Altersheims auswirken werden. Die Frage des Erweiterungsbaues sowohl wie nach der Krankenschwester wurde auf einige Monate vertagt; hoffentlich besteht alsdann auch in finanzieller Hinsicht mehr Gewißheit als heute.

Erholungs- und Altersheim für jüdische Lehrer und Kantoren. Den außerordentlichen Bemühungen der Herren Rabbiner Dr. Jacob Horovitz und J. B. Levy (Frankfurt a. M.) ist es gelungen, das vor Jahresfrist geschlossene Waisen- und Mädchenheim in Bad Ems in ein rituell geführtes Alters- und Erholungsheim umzuwandeln, in dem jüdische Lehrer, Kantoren etc. Aufnahme finden können. In Kreisen der Lehrerschaft hat der Plan helle Begeisterung ausgelöst, und es steht zu hoffen, daß die Umstellung des Heims bald durchgeführt werden und die Eröffnung in Kürze erfolgen kann. (Wir gratulieren Herrn Joseph Levy herzlichst zu seinem Erfolg.)

Der Genuß von Rauschgift hat den plötzlichen Tod eines in der Blüte seiner Jahre stehenden jungen Mannes verursacht. Durch dies tragische Geschick wurde die Familie unseres Gemeindemitgliedes Bruno David in tiefe Trauer versetzt. Wie die Tageszeitungen berichteten, hatte der 19jährige Hans David durch einen gleichaltrigen Freund, der bei einer Drogen-Großhandlung angestellt war, Heroin erhalten, um gemeinsam die „traumerzeugende" Wirkung kennenzulernen. Die eingeführten Dosen waren aber so stark, daß eine Massenvergiftung dadurch hätte herbeigeführt werden können, und beide Freunde büßten den Versuch mit dem Tode. — Die allgemeine Teilnahme an der Trauer der Eltern um ihr einziges Kind zeigte sich so recht bei der Trauerfeier im Krematorium, dessen Halle die Teilnehmer nicht zu fassen vermochte.

Chanuka beginnt am Donnerstag, 26. Dezember, abends. Am Sabbat Chanuka findet in der Synagoge Neumondsweihe und Predigt statt.

Lernabend im Talmud Thora-Verein. Am Dienstag, 17. Dezember, pünktlich 21 Uhr beginnend, wird bei Herrn Nathan Grünberg, Hohetorsheerstraße 44 gelernt; an den beiden folgenden Dienstagen fallen die Lernabende aus.

Das Statistische Jahrbuch der Freien Hansestadt Bremen, Jahrgang 1929, ist soeben erschienen. Danach war die Einwohnerzahl von Bremen am 31. März 1929: 304 200, während die letzte Volkszählung vom 16. Juni 1925: 294 966 ergeben hatte. Von letzteren entfielen auf je 100 Einwohner: Evangelische 85,52 Prozent, Katholiken 6,64 Prozent, andere Christen 0,07 Prozent, Israeliten 0,45 Prozent, Sonstige und Religionslose 7,32 Prozent. Die Gesamtzahl der jüdischen Einwohner stellte sich 1925 wie folgt: Stadt Bremen 1328, Landgebiet 8, Vegesack 49, Bremerhaven 123, Freistaat 1508. Von je 100 der Wohnbevölkerung waren Juden: in Bremen 0,45, im Landgebiet 0,05, in Vegesack 1,12, in Bremerhaven 0,51, im Freistaat 0,44 Prozent. Statistische Angaben über den Gottesdienst sind an anderer Stelle dieses Blattes veröffentlicht. Einige weitere statistische Feststellungen, die für die jüdische Oeffentlichkeit von großem Interesse sind, werden demnächst bekanntgegeben werden.

Kinderfest. Aus Anlaß der Chanukawoche veranstaltet der Israelitische Frauenverein am Sonntag, 29. Dezember, ein Kinderfest, bestehend in Aufführungen, Tanz und sonstigen Ueberraschungen. Schüler und Schülerinnen unserer Religionsschule und solche, die es werden wollen, werden mit Kakao und Kuchen unentgeltlich bewirtet. Für die Feier, die mit dem Anzünden der Menorah und dem Absingen von Moaus szur beginnt, ist der große Saal der „Glocke" reserviert worden. Anfang 16 Uhr.

Bei Nichtempfang des Gemeindeblattes wende man sich sofort an den Briefträger oder an die Bestell-Postanstalt.

Mäntel, Kleider, Anzüge, Wäsche, Schuhe, vor allem warme Sachen, benötigt unsere Kleiderkammer dringend zur Auffüllung. Wenn der Winter mit seiner ganzen Strenge einrückt, muß das Jüdische Wohlfahrtsamt gerüstet sein. Jetzt sind wir häufig genug gezwungen, Bedürftige ohne Hilfe wegzuschicken, weil das notwendige Kleidungsstück nicht vorrätig ist. Mit gebrauchten, doch gut erhaltenen Sachen ist den Empfängern sehr gedient. Zusendung mit Spezifikation nach dem Gemeindehause Gartenstraße 6 erbeten.

Der Verlag trägt keine Verantwortung für die religionsgesetzliche Zulässigkeit der im Anzeigenteil gebrachten Mitteilungen und für die rituell einwandfreie Beschaffenheit der dort angezeigten Waren. Die Prüfung derartiger Angebote ist lediglich Sache unserer Leser!

Hochhaus Bamberger

in diesen Tagen **eröffnet!**

Das größte und modernste Kaufhaus Bremens. Insgesamt 8900 qm Nutzfläche + 10 Stockwerke über dem Boden ragt der erste Bremer Wolkenkratzer + Fahrtreppen bis zum 4. Stock.

Vergrößerte Lebensmittel-Halle
mit allen hygienischen Einrichtungen der Neuzeit.

Frischfleisch-Verkauf
mit Lindes Kühltischen und Kühlräumen.

6 Frisier-Kabinen
für Damen und Herren.

Kinder-Frisiersalon
mit origineller Ausstattung.

Große
Spielwaren-Ausstellung
im 4. Stock. Sehenswerte Vorführungen.

Alle Abteilungen bedeutend erweitert.



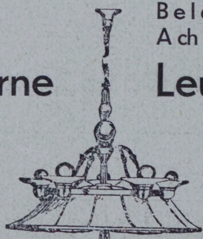
Eine mindestens 50prozentige Steigerung unserer Leistungsfähigkeit!

Es gibt in der Obernstr. 72

ein Haus für das gesamte Beleuchtungswesen
Achten Sie darauf

z. B.
kaufen Sie

Moderne Leuchter



nirgends schöner — nirgends billiger

als bei

Heinrich Bunge G. m. b. H., Bremen, Obernstr. 72

HESPEN

Am Wall 151-152

Herren und Damen **-Mäntel**



Hoyer & Kampmeyer, Heinrich Rickens



Haferkamp 75
Roland 1426

Bremen

Hansastraße 240
Roland 5304

Kohlen Koks Briketts

Prompte und reelle Bedienung

Parfümerien
Seifen
Photo-Apparate u. Zubehör

Falken-Drogerie
Apotheker Ernst Tischauer

Elhornstraße 34 **Telephon Roland 8085**

— Auf Wunsch alle Bestellungen frei Haus —



Die moderne **Tweed-Tasche**
empfiehlt

C. A. SCHWALLY

Das Haus für preiswerte Geschenke
Sögestraße 16

Wir bitten, die Anzeigen zu beachten!

Haake-Beck

das deutsche Qualitätsbier

Verlag: S. Kaufmann, Kassel, Hohentorstr. 9, Druck: Volksblatt G. m. b. H. Kassel

JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG

BREMEN

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt

Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 19 | Bremen, den 23. Dezember 1929 | 1. Jahrgang